

Sprache der Politik anstehen, verdecken können. Als Beleg dafür mag das Urteil von Martin Jänicke aus dessen Besprechung in »Die Zeit« vom 5. Nov. 1971 dienen: »Bedenkt man, wie sehr Erkenntnis durch das jeweilige begriffliche Instrumentarium bestimmt wird und wie sehr dieses Instrumentarium an die Gruppe, Klasse oder Gesellschaft gebunden ist und im Interesse der jeweiligen Kollektive manipuliert wird, so kann der Wert derartiger Untersuchungen gar nicht überschätzt werden«. Eben doch.

Bernd Gosau

Wilfried von Bredow, Vom Antagonismus zur Konvergenz? Studien zum Ost-West-Problem, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt 1972, 218 S., Pb., 19 DM; Ln., 30 DM.

Die politische, publizistische und wissenschaftliche Diskussion über erreichbare Ziele und absehbare Chancen, über bisherige Ergebnisse und nicht erfüllte Erwartungen der Ost- und Deutschlandpolitik der westdeutschen Bundesregierung und des weiteren über die praktischen Perspektiven einer globalen Entspannungspolitik wird dadurch erschwert, daß es nicht gelingt, hinreichend gesicherte und für die Diskussion verbindliche Basisannahmen und Kriterien zu formulieren, von denen her die mögliche Reichweite einzelner politischer Aktionen beurteilt werden kann. Dies wird erklärbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die traditionellen Indikatoren und Parameter für die Beurteilung der internationalen Beziehungen, etwa die militärische Stärke einzelner Staaten oder Staatenbündnisse in Verbindung mit dem jeweiligen Feindbild oder die Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern, keine verlässlichen Prognosen erlauben, daß auch die jeweils innenpolitischen Konstellationen, die Qualität der diplomatischen Beziehungen oder gar das »Klima« der persönlichen Begegnungen von Regierungsspitzen keine sicheren Kriterien für die Bestimmung der Situation und keine zweifelsfreien Anhaltspunkte für die politische Weiterentwicklung liefern. Auch eine wissenschaftliche Betrachtungsweise, die von »Systemen« als Handlungseinheiten der internationalen Politik ausgeht, hat kaum die praktische Politik erleichtert. Sie ist lediglich dazu geeignet, politische Handlungen und Handlungsmuster sowie die Verflochtenheit der Bedingungen und Bezüge für internationale und Außenpolitik in anderer Weise als bisher bewußt zu machen. Für die Praxis der internationalen Politik – unter systemtheoretisch orientiertem Aspekt, etwa als »Weltinnenpolitik« gesehen – bedeutet dies, daß die Inanspruchnahme der Wissenschaft durch »Politik-Beratung« etc. Politik im traditionellen Sinne von Entscheidung und kalkulierte Risiko nicht aufhebt, sondern nur die Kalkulation von Zielen, Strategien und Aktionen erleichtern helfen kann.

In diesen Zusammenhang ist v. Bredows Essay zu stellen, dessen Hauptteil, ca. zwei Drittel des Buches, ein kritischer Überblick über Argumentationsmuster der vor allem von Ökonomen und Soziologen geführten Diskussion über die »Konvergenz der Systeme« in Ost und West einnimmt. Eine zentrale methodologische Frage dieser Diskussion läßt sich mit v. Bredow (S. 81), der sie im Anschluß an einen Bericht über die wirtschaftswissenschaftlichen Erörterungen des Themas stellt, so formulieren: »Inwieweit ist es überhaupt zulässig, bestimmte Vorgänge in einem (wenn auch wichtigen) Teilbereich eines Systems so zu verallgemeinern, daß aus ihnen die Entwicklung des Ganzen prognostiziert wird?« Seiner Antwort, das »die materialen Ziele« der analytisch, d. h. für den Zweck des Vergleichs, aus ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang herausgelöst »Wirtschaftssysteme« »nicht durch sich selbst bestimmt [...] werden« (ebda.), wird man zustimmen müssen; ob man, wie Bredow nahelegt, »Bereiche« definieren kann, in denen oder durch die diese Ziele bestimmt werden, sei vorerst offengelassen. Ebenso ist die Kritik an verschiedenen Argumentationen berechtigt, die aus der unübersehbaren Ähnlichkeit von Merkmalen und praktischen Problemen der Industriegesellschaft in Ost

und West auf einen historischen Prozeß schließen, der zur Überwindung des z. Z. gegebenen Antagonismus führen kann, sollte oder muß. Zu diesen Argumentationen rechnen die Schlüsse, die aus der Summe vieler eher empirisch-mikrosoziologischer Beobachtungen gezogen werden, ebenso wie eher makrosoziologische, historisch-analytische Einschätzungen, die das Aufkommen neuer Herrschaftskriterien registrieren, prognostizieren oder fordern – sei es die einer technischen oder die einer humanitären Rationalität, die beide von neuen Herrschaftseliten (Stichwort: »neue Klasse«, »Regime der Manager«, »Macht der Wissenschaftler«) abhängig sind. Ein Teil dieser Argumentationen bezieht sich nicht ausdrücklich auf Thesen von der Konvergenz, sondern impliziert sie als Hypothesen oder in programmatischer Absicht, um globale Katastrophen, die aus einer Irrationalität der traditionellen Politik resultieren können, verhindern zu helfen.

An diese kritischen Referate schließt eine Darstellung der marxistisch-leninistischen Position an, von der her die allein im Westen diskutierten Konvergenz-Thesen zurückgewiesen werden und eine Divergenz-These aufgestellt wird. Entscheidend und bezeichnend ist, daß die Diskussion über die Konvergenz der Systeme als »Instrument der ideologischen Kampfführung gegen den Sozialismus« (S. 124) gesehen wird. »Sozialismus« wird dabei als historische Kategorie gesehen, die Konvergenz-Diskussion u. a. als ein Mittel interpretiert, dem »Spätkapitalismus« eine Perspektive zu geben. v. Bredow identifiziert sich nicht mit dieser Zurückweisung; er vermerkt insbesondere, daß die »Marxisten-Leninisten« in der Regel verkennen, daß die Konvergenz-Theorien »von einzelnen Wissenschaftlern aus ihrer speziellen sozialen Position heraus formuliert wurden«. Er erkennt nichtsdestoweniger an, »daß sozialistische Ideologen alle Spielarten der Konvergenzhypothese als gegen die Grundlagen der sozialistischen Geschichtsphilosophie gerichtet sehen müssen« (S. 187 f.).

Bredow betont mehrfach, daß die These von der Konvergenz der Systeme in Ost und West überwiegend auch im Westen bestritten wurde, insbesondere von konservativen Wissenschaftlern und Politikern, die – gemeinsam mit den »Marxisten-Leninisten« – vom Primat der Politik ausgingen. Feststellbar ist allein, daß die intensive Diskussion über dieses Thema aufkam, als »spätestens mit der Kuba-Krise 1962« einer wachsenden Öffentlichkeit bewußt wurde, »daß eine kriegerische Konfrontation der Supermächte das Ende des Erdballs, zumindest jedoch eines Großteils der Zivilisation bedeuten würde« (S. 37). Konvergenz-Diskussion also als Reflex einer historischen und politischen Situation und Konstellation, gleichzeitig als Reflexion der Begründungszusammenhänge für neue, den kalten Krieg ablösende politische Strategien. Offen bleibt, ob Egon Bahrs (S. 176) erwähnte Strategie des »Wandels durch Annäherung« (1963) die einzige politisch relevante strategische Konkretisierung solcher Reflexionen war.

Warum die ausführliche Abhandlung des Themas, wenn die These von der »Liberalisierung« der östlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme spätestens seit 1968 als widerlegt gelten kann, wenn zu vermuten ist, daß als Motiv hinter der Ost-West-Diskussion über Abrüstung und Sicherheit »in erster Linie eine cost-effectiveness-Rechnung« der Abschreckungs- und Drohpolitik steht (S. 153), wenn die Tauglichkeit des Ost-West-Handels als wirksames politisches Instrument erfahrungsgemäß gering ist (S. 159 ff.)? Die v. Bredow als Politik-Theoretiker interessierende Frage nach der Eignung der Konvergenz-Theorie als hinreichende Legitimation für politische Strategien der Zusammenarbeit (vgl. S. 187) könnte durch solche Erfahrungen als beantwortet gelten. Eine weitergehende Antwort läßt sich als Plädoyer für Politik, als Plädoyer für den »Mut zur friedlichen Koexistenz« (S. 184 ff.) beschreiben, auch als Appell zur Einsicht in die Konsequenz, daß »intersystemare Kooperation« der vom »Selbstverständnis« her antagonistischen Partner, die den politischen status quo stabilisieren und damit den Frieden sichern helfen soll, der ideologischen Abgrenzung gegeneinander auf beiden Seiten be-

darf. Freilich: »Selbstverständnis« und »Ideologie« im Sinne v. Bredows haben eine unterschiedliche Qualität und zumindest graduell unterschiedliche Funktionen in den Systemen in Ost und West. Die Ideologie des östlichen Systems wird autoritär definiert, die Ideologien der westlichen Systeme gehen weder in einer Formel für das kapitalistische Wirtschaftssystem (S. 46 f.) noch in einer vereinbarten programmatischen Selbstverständigung über den Zweck der militärischen Verteidigung und ihre Organisation (S. 145) auf. Auf »westliche« Ideologie können sich sowohl griechische Generale als auch politische Philosophen, die die »offene Gesellschaft« als Postulat ernst nehmen, berufen. Wonach bemißt sich die notwendige Intensität der jeweiligen Abgrenzung nach innen? Gewiß taugt die Diskussion um die Konvergenz in dem von Bredow durch Ideologiekritik so weit gefaßten Sinne (noch) nicht zur sicheren Begründung einer praktischen Politik im Detail, sondern kann erst regulative Ideenkomplexe bzw. Normen formulieren; freilich enthält die Konzeption der antagonistischen Kooperation auch nicht mehr als die Aufforderung zur stets erneuten Errechnung des eigenen Nutzens. Ob sich auf diese Weise eine Orientierung an international notwendiger Rationalität einstellt – und das ist die wissenschaftliche Kernfrage (vgl. S. 121) –, ist damit nicht entschieden – nicht zuletzt angesichts des zumindest für den Westen ungeklärten Zusammenhangs zwischen »Ideologie« bzw. »Selbstverständnis« und Herrschaftsstruktur. Arnold Sywottek

Francois Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. 1: Die Ära Stalin 1945 – 1953, 483 S., Bd. 2: Nach Stalin 1953 – 1972, 617 S., Verlag Styria, Graz/Wien/Köln 1972, 2 Bde. in Schuber, Linson, 98 DM.

László Révész, Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa (= Tatsachen und Meinungen 14), Verlag Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1971, 116 S., brosch., 6,50 DM.

Bálint Balla, Kaderverwaltung. Versuch zur Idealtypisierung der »Bürokratie« sowjetisch-volksdemokratischen Typs (= Soziologische Gegenwartsfragen, N. F., Nr. 37), Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1972, VIII, 282 S., kart., 49 DM.

Osteuropa seit 1945 ist für die Historiker in den westlichen Ländern weitgehend terra incognita, trotz laufender Kommentierung der Ereignisse durch Publizisten und wissenschaftlicher Beobachtung vor allem durch Ökonomen, weniger häufig durch Soziologen und Militärwissenschaftler. Gewiß, die ersten Jahre nach 1945 sind in Memoiren und in wissenschaftliche Ansprüche erhebenden Berichten meist durch Emigranten ausführlich beschrieben worden; spektakuläre Knotenpunkte des Gangs der Ereignisse wie der sowjetisch-jugoslawische Konflikt ab 1947 und die Umstürze in Polen und Ungarn 1956 und in der ČSSR 1967/68 führten jeweils zu einer kleinen Flut von Publikationen; und es gibt über die einzelnen Länder auch einige neuere Monographien. Wer sich jedoch über die Entwicklung insgesamt – sei es von einem universalhistorischen oder vergleichenden Interesse her – orientieren wollte, war bisher auf einige Monographien angewiesen, die sich dem Thema unter speziellen Aspekten näherten, oder aber auf Sammelwerke, die – polemisch gesprochen – häufig kaum mehr als Buchbindersynthesen nationalgeschichtlicher Betrachtungen boten. Eine Ausnahme bildete seit 1952 *Francois Fejtös* »Histoire des démocraties populaires«. Es spricht für die Qualität der vor über zwei Jahrzehnten verfaßten Darstellung, kann aber auch als Indiz für einen seitdem kaum gravierend veränderten Forschungsstand gelten, wenn Fejtö sich nicht genötigt sehen mußte, seine damalige Schrift mehr als geringfügig zu revidieren, als er das Buch als ersten Band der jetzt bis an die Gegenwart der Wende zwischen den 60er und den 70er Jahren fortgeführten und erstmals auch in deutscher Sprache vorgelegten »Geschichte der Volksdemokratien« neu herausgab.